

Grosses Interesse für die Proporzinitiative?

Reute AR. Trotz schönem, warmem Sommerwetter hat sich letzten Dienstagabend eine grosse Anzahl von 25 Stimmberechtigten zum Informationsabend zur Volksinitiative, „Faires Wahlverfahren – Proporz für den Kantonsrat“ auch im Kanton Appenzell Ausserrhoden, eingefunden. Durchgeführt wurde dieser Anlass gemeinsam von den beiden Lesegesellschaften Schachen und Reute.

Als Gastreferent konnte Regierungsrat Jürg Wernli (FDP) objektive und ausgewogene Informationen, mit gut fundierten Zahlen über die Vor- und Nachteile des heutigen Majorzverfahren vermitteln. Das von den Initianten angestrebte Proporzverfahren verlangt auf Verfassungsstufe die Einführung des Verhältniswahlverfahrens auf die Gesamterneuerungswahlen 2011 hin. Jedoch ist die heikle Detailumsetzung auf Gesetzesstufe wie Wahlkreisbildung, Sitzgarantie pro Gemeinde zum heutigen Zeitpunkt noch offen.

Angriff auf Gemeindeautonomie

Die präsentierten Zahlen lassen einem doch ein wenig an der Initiative zweifeln. Wird das mögliche Wahlkreismodell so umgesetzt, dass auch das maximal natürliche Quorum von 10% nicht überschritten wird, dann werden alle Wahlkreise, ausser Herisau, massiv Sitze verlieren. Das heutige System der "Persönlichkeitswahl" wird durch eine "Parteienwahl" abgelöst. Wählbar sind somit nur Kandidaten die auf einer Parteiliste stehen. Kleine Organisationen, wie die traditionellen Lesegesellschaften, die heute sicher einen grossen Anteil an Kandidaten stellen (Reute zwei), haben zukünftig keine Chance mehr sich politisch einzubringen. Aus diesem Grund müsste eigentlich der "Proporz-Knorz" abgelehnt werden.

Parteiendiktat

Parteipolitisch ist ein Wechsel des Wahlverfahrens sicher erstrebenswert. Doch auch hier darf die Frage gestellt werden, wie gross ist der Anteil der Wähler die einer Partei angehören? Wenn dies nur 10 Prozent der Stimmberechtigten sind, wären diese ja massiv im Kantonsrat übervertreten. Eines ist sicher, die Initianten, allen voran die Parteien, wollen sich damit Macht sichern und mit teurer Wahlpropaganda bestimmen wer im Kantonsrat Einsitz nimmt.